

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 36/23

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Im Neuanfang liegt die Kraft“. Der September steht für Viele für einen Neubeginn. Das Schuljahr steht in den Startlöchern, es ist Ausbildungsbeginn und auch für uns Bundestagsabgeordnete beginnt mit der ersten Septemberwoche wieder die Sitzungszeit. Denn in den vergangenen Wochen war es ruhig in den Gebäuden des Deutschen Bundestages. Wir Abgeordnete befanden uns in der Parlamentarischen Sommerpause. Ein Zeitraum von acht Wochen, in welchem der Bundestag nicht zusammenkommt und tagt. Das bedeutete aber nicht, dass unser Parlament stillstand. In dieser Zeit war ich viel im Wahlkreis unterwegs. Ob Betriebsbesichtigungen, Kinderfeste oder Geburtstage. Auf verschiedenen Terminen vor Ort sprachen Bürgerinnen und Bürgern aus Bayreuth und der Fränkischen Schweiz über Themen, die sie bewegten. Dabei wurde für mich wieder einmal deutlich, wie sehr mir die regionale Verbundenheit am Herzen liegt. Es immer wieder eine Bereicherung Ihre Anregungen und Meinungen zu hören, sich auszutauschen und gute Ideen mit nach Berlin zu nehmen.

Dafür gab es auch einige Anlässe - die Kreuzer Kerwa und die Neuwahlen der Frauen-Union Bayern sind nur zwei der vielen Veranstaltungen, an denen ich teilnehmen durfte.

Außerdem gab es auch viele spannende Gespräche mit verschiedenen regionalen Gruppen, wie dem Kinderschutzbund und dem RCDS, von denen ich Ihnen in dieser Newsletterausgabe berichten möchte.

Die Inhalte aus meinen Gesprächen möchte ich nun nach Berlin mitnehmen und dort einbringen.

Dabei startete der neue Sitzungskalender 2023/24 gleich intensiv mit den Haushaltsberatungen. In der ersten Sitzungswoche des Kalenders findet traditionell die erste Lesung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2024 statt. Somit stand gleich für mich als Haushaltspolitikerin von Anfang an viel Arbeit an.

Und um Sie deshalb möglichst schnell informieren zu können, starten wir mit einem neuen „Mensch & Politik“ Format. Von nun an erscheint unser Newsletter nach jeder Sitzungswoche und informiert Sie über alles, was gerade in Berlin und im Wahlkreis ansteht.

Sollten Sie Fragen oder Anmerkungen haben, wenden Sie sich immer gerne an mich. Ich tausche mich sehr gerne mit Ihnen aus.

Herzlichst,

Ihre

Silke Launert

BERICHT AUS BERLIN

„Einbürgerung steht am Ende der Integration und nicht am Anfang“

Berlin. Das Bundeskabinett hat am 23. August 2023 den wegweisenden Gesetzentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts verabschiedet. Bundesinnenministerin Nancy Faeser äußerte sich dazu und betonte, dass die Einbürgerung als das stärkste Bekenntnis zur Zugehörigkeit in Deutschland gelte.

Die Hauptbestandteile dieser Reform umfassen beispielsweise folgende Neuerungen:

- 1. Verkürzung der Einbürgerungsfrist:** Die Einbürgerungsfrist wird von acht Jahren auf fünf Jahre reduziert. Besondere Leistungen im Beruf oder Ehrenamt können diese Frist sogar auf drei Jahre weiter verkürzen.
- 2. Erleichterte Einbürgerung für in Deutschland geborene Kinder:** Kinder, die in Deutschland geboren sind und deren Eltern bereits fünf Jahre in Deutschland leben, sollen bedingungslos die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.
- 3. Anerkennung der Mehrstaatigkeit:** Die Reform sieht vor, generelle Mehrstaatigkeit zuzulassen, was den Besitz mehrerer Staatsbürgerschaften einschließt.

Diese Maßnahmen dienen dazu, Deutschland als attraktives Einwanderungsland zu positionieren und den wachsenden Fachkräftemangel zu bekämpfen. Die Ampel-Regierung sieht in diesen Schritten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des deutschen Arbeitsmarktes.

Jedoch gibt es auch kritische Stimmen innerhalb der politischen Landschaft. In diesem Zusammenhang betont Frau Dr. Silke Launert, dass die Einbürgerung am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen sollte. Sie äußert Bedenken darüber, dass eine zu schnelle Einbürgerung ohne ausreichende Integration langfristige staatliche Leistungen und Hilfestellungen benötigt, die bei einem späteren Wegzug in ein anderes Land keinen Vorteil für Deutschland mehr bringen.

Die Thematik der Mehrstaatigkeit stößt ebenfalls auf Diskussion. Kritiker aus der Unions-Fraktion argumentieren, dass bedingungslose Mehrstaatigkeit nicht zeitgemäß sei. Stattdessen solle eine bilateral ausgehandelte doppelte Staatsangehörigkeit mit Staaten, die demokratische Werte und die Akzeptanz dieser Regelung teilen, angestrebt werden.

Frau Dr. Launert unterstreicht zudem, dass eine überhastete Einbürgerung keine umfassende Lösung für den Fachkräftemangel darstelle. Sie plädiert dafür, den deutschen Arbeitsmarkt attraktiver für Fachkräfte zu gestalten, um Abwanderungstendenzen in andere Länder zu reduzieren. Die Kombination aus einer gesteigerten Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes und Anreizen für Fachkräfte, nach ihrer Ausbildung in Deutschland zu bleiben, wird als effektiver Ansatz gegen den Fachkräftemangel angesehen. Die Staatsangehörigkeit sollte am Ende einer erfolgreichen Integration stehe und nicht davor.

BERICHT AUS BERLIN

Neues Selbstbestimmungsgesetz untergräbt Frauenrechte!

Berlin. In der Sommerpause einigte sich die Bundesregierung auf das **Selbstbestimmungsgesetz**. Damit machte sie den Weg frei, Vorname und Geschlecht im Personenstandsregister einfacher ändern zu lassen. Von nun an soll eine Erklärung beim Standesamt reichen. Nach einem Jahr Sperrfrist darf eine erneute Änderung des Geschlechtseintrages erfolgen. Doch das Gesetz berücksichtigt nicht alle Gesellschaftsgruppen und eingehende Gefahren. Im Gegenteil, denn Frauenrechte werden massiv untergraben. Laut dem Gesetzentwurf dürfen dann biologische Männer, die nun rechtlich Frauen sind, Räume betreten, in welchen Frauen bis dahin sicher waren (z.B. Frauensauna). Die Preisgabe von Schutzräumen würde allein in der Entscheidung des Inhabers des Hausrechts liegen (z.B. Saunabesitzer). Auch die Regelungen bei Minderjährigen berücksichtigt nicht alle denkbaren Konstellationen. So ist die bloße Erklärung der Erziehungsberechtigten für minderjährige geschäftsunfähige Personen unter 14 Jahren kritikwürdig. Eltern dürfen bei dieser Art an wesentlichen Entscheidungen nicht einfach über den Kopf ihres Kindes hinweg handeln. „Es braucht mindestens ein medizinisches Gutachten, um Geschlechtseintragungen ändern zu lassen“, erklärte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Dies gelte auch für Kinder über 14 Jahre, die mit Einverständnis der Eltern oder bei deren Verweigerung mittels Gerichtsbeschlusses einfach ihr Geschlecht ändern können. In der Phase der Pubertät sind viele Jugendliche noch nicht gefestigt und eine vorschnelle Änderung des Geschlechts im Ausweis würde Operationen als möglichem Ausweg von Problemen noch wahrscheinlicher machen. Zudem kritisierte sie die Möglichkeit des permanenten Wechsels. So sei das Gesetz nicht im Interesse der Rechtssicherheit und Missbrauchsfälle würden nicht gut genug bedacht.

Schönbohm-Debatte: Union kritisiert Innenministerin Nancy Faeser scharf

Berlin. Im vergangenen Jahr entließ Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Chef des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) Arne Schönbohm. Ein Fernsehbeitrag des Satire-Magazins ZDF-Royale warf ihm Nähe zu russischen Geheimdiensten vor. Beweise dafür konnten Untersuchungen des Bundesinnenministeriums nicht finden. Nun wurde deutlich: Faesers Entlastung ging nicht mit rechten Dingen zu. Informationen verschiedener Medien zu Folge soll sie Mitarbeiter des Innenministeriums gebeten haben, in Unterlagen des Bundesverfassungsschutzes nach Hinweisen zu Schönbohms Kontakten zu Russland zu suchen. Nun steht der Vorwurf im Raum, sie habe den inländischen Geheimdienst für bestimmte Zwecke instrumentalisiert. So äußert dies jedenfalls die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag. Sie verlangen nun von Faeser Aufklärung. Doch anstatt sich den Vorwürfen zu stellen, blieb sie lieber zweimal dem Innenausschuss fern. Bereits am Dienstag in der ersten Sitzungswoche im September berief die Unions-Fraktion eine Sondersitzung des Innenausschusses ein, um über die derzeitigen Anschuldigungen zu sprechen. Doch die Bundesinnenministerin erschien nicht und entschuldigte sich mit medizinischen Gründen aufgrund ihrer Corona-Infektion. Zur selben Zeit führte sie jedoch ein Presseinterview im Rahmen ihres Hessenwahlkampfes. Auf einer weiteren Sondersitzung am Donnerstagmorgen erschien sie wiederum nicht, obwohl sie in Berlin war und öffentliche Termine wahrnahm. Sie hätte genug Gründe zu kommen, denn die Vorwürfe wiegen schwer. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche ebenfalls Mitglied des Innenausschusses ist, sagt dazu: „Dies ist ein grober Fall der Missachtung des Parlamentes. Wir haben in Deutschland Gewaltenteilung und das Parlament darf die Regierung kontrollieren und befragen.“



BERICHT AUS BERLIN

Treffen der CDU/CSU-Haushälter bei Klausurtagung der AG Haushalt

In der letzten Augustwoche vor Beginn der ersten Sitzungswoche trafen sich alle Mitglieder des Haushaltsausschusses der CDU/CSU-Fraktion zu einer gemeinsamen Klausurtagung der Arbeitsgruppe in Berkheim-Bonlanden in Baden-Württemberg. Dort verbrachten sie insgesamt zwei Tage zusammen im Kloster Bonlanden umgeben von grünen Wäldern und Wiesen. Ein perfekter Ort, um genauer über den neuen Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu sprechen. In Vordergrund standen insbesondere die Änderungen im neuen Entwurf des von Christian Lindner (FDP) geführten Finanzministeriums. Um auf dem gleichen Stand zu sein, gaben die jeweiligen Berichterstatter und Berichterstatterinnen einen kurzen Überblick über die geplanten Aufstockungen oder Streichungen in ihren Haushaltsetats. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Frage, was nach dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024 politisch zu tun wäre. Dabei wurde sich ausgetauscht, diskutiert und gemeinsam mögliche Lösungen erarbeitet. Kritisiert wurde insbesondere, dass für Lieblingsprojekte der Ampel viel Geld verfügbar war, während für Anliegen wie die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, des Technischen Hilfswerks und Förderungen für den ländlichen Raum massiv Mittel gekürzt wurden.



Bei allen politischen und finanziellen Themen durfte ein kurzes Freizeitprogramm und ein privater Austausch unter Kollegen nicht fehlen. Bei einem gemeinsamen Grillabend auf dem Hof des Abgeordneten Josef Rief und einem Rundgang durch das Kloster wurde auch über Alltägliches und Persönliches geplaudert.

„Schön war es“, sagte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zum Abschied. „Nun kann die intensive Haushaltswche kommen!“

Erster Wurstgipfel - Parlamentarischer Abend zur Unterstützung des Metzgerhandwerks



Berlin. In der ersten Sitzungswoche luden das Metzgerhandwerk Bayern um Geschäftsführer Lars Bubnick, die CSU-Bundestagsabgeordneten Alois Rainer (ehemaliger Metzgermeister) und Stephan Pilsinger zu einem „1. Wurstgipfel“ in die Bayerischen Landesvertretung ein. Der aktuelle Herausforderungsmix geht auch an unseren heimischen Handwerksbetrieben nicht vorbei. Gerade das Metzgerhandwerk ist mit der Herausforderung konfrontiert nicht genug Nachwuchs zu finden. Dabei bietet das Berufsfeld vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten. Bei einer Wurstverkostung konnten sich die Gäste dann auch direkt davon überzeugen, welche Vielfalt an Wurstwaren es gibt und wie fein sie schmecken. Dass die Wurst lecker war, war keine Überraschung, stammte sie doch von der Metzgerei Max aus Hof. Auch ein zweiter Oberfranke kam extra zu dem Gipfel nach Berlin, Metzger Rainer Maisel aus Bad Berneck.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Zu Gast auf der Kreuzer Kerwa

Bayreuth. Der Politische Frühschoppen der Kreuzer Kerwa ist ein Highlight der fünftägigen Veranstaltung am Kreuzer Sportplatz. Dieses Jahr besuchten die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales Melanie Huml, sowie der CSU-Generalsekretär Martin Huber das politische Großevent. Die Bayreuther CSU im Namen der Kreisvorsitzenden Dr. Silke Launert, MdB lud zu dem politischen Schlagabtausch bei kostenlosen Weißwürsten im Kerwa Bierzelt ein. Neben den Gästen aus München sprachen auch der Bayreuther Landtagsdirektkandidat Franc Dierl, Bezirkstagsvizepräsident Stefan Specht und Oberbürgermeister Thomas Ebersberger ein Grußwort. Angeprangert wurde insbesondere die Unfähigkeit der Bundesregierung in Berlin, die manchen Praxisbezug vermissen lasse. Es würde sich wochenlang über Gesetze gestritten und anschließend in unkollegialer Weise durchs Parlament gepetscht. Vor dem Hintergrund, dass Bayern in den meisten Bereichen wie Innere Sicherheit, Bildung, Integration von Ausländern, Sozialleistungen (Elterngeld, Pflegegeld, Meisterbonus), Wirtschaftskraft und Finanzen gut dastehe sei es wichtig, bei der Landtagswahl am 8. Oktober das Kreuz bei der CSU zu setzen.



Vom Forsthaus zum Waldentdeckerzentrum: Wildpark Mehlmeisel bekommt neuen Erlebnispark

Mehlmeisel. Vor genau 53 Jahren stand an diesem Ort, auf 800 Metern Höhe im Fichtelgebirge, ein Forsthaus. Zeitweise diente das Gebäude als Gastwirtschaft für Wanderer und Ausflügler. Später wurde dort ein Waldmuseum mit Waldspielplatz und Wildgehege errichtet. Im Jahr 2005 kam die Idee auf am gleichen Standort ein Waldinformationszentrum zu bauen, um neugierigen Waldbesuchern und vor allem Kindern das Naturphänomen spielerisch näher zu bringen. Mittlerweile ist das Gebiet eine Touristenattraktion und zieht jährlich tausende Besucher nach Mehlmeisel. Nun gehen Planungen Schritt für Schritt voran, das Angebot zu erweitern und zudem ein Waldentdeckerzentrum entstehen zu lassen.

Dafür wurde vom Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages 9,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Genehmigungen für den Bau sollen im Herbst 2024 erfolgen. Somit könnte der erste Spatenstich schon bald erfolgen. Um sich ein genaueres Bild von der Idee zu machen, besuchte Ende August die bayerische Staatsministerin für Landwirtschaft, Michaela Kaniber (CSU) Mehlmeisel. Gemeinsam mit der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert schwärmte sie von dem Projekt. Besonderer Dank gehen dabei an Landtagsabgeordneten Martin Schöffel, Mehlmeisels Bürgermeister Franz Tauber und seinen Vorgänger Günter Pöllmann, die sich in der Vergangenheit für das Projekt stark machten. Ideen wie diese, fördern die Erwachsenen- und Jugendbildung zum Thema Wald und den nachhaltigen Umgang mit Holz.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

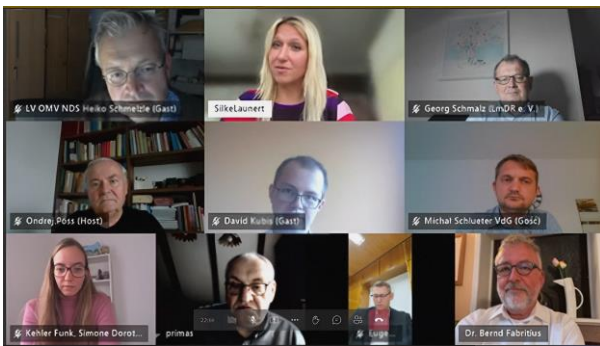
"Globale Perspektiven: Deutsche Minderheiten im Fokus"

Unter dem Motto "Deutsche Minderheiten – Deutschlands interkultureller Dialog zu den deutschen Minderheiten im Ausland" fand letzte Woche eine Veranstaltung des RCDS Germersheim per Videokonferenz gemeinsam mit Frau Dr. Silke Launert statt. Die Veranstaltung bot ein facettenreiches Bild der Anliegen, Herausforderungen und Potenziale dieser oft übersehenen Gruppen.

Eine der zentralen Diskussionen drehte sich um die drastischen finanziellen Kürzungen für deutsche Minderheiten im aktuellen politischen Klima. Die Bedeutung der Bewahrung deutscher Kultur wurde hervorgehoben, wobei Deutschsein als etwas Positives und Bereicherndes angesehen wurde. Die Frage, wie deutsche Minderheiten im Ausland unterstützt werden können, stand im Mittelpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Rolle von deutschen Schulen und entsprechenden Vereinen, die oft ehrenamtlich betrieben werden. Diese Institutionen spielen eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der deutschen Kultur im Ausland und bei der Förderung des interkulturellen Dialogs.

Silke Launert präsentierte während der Veranstaltung beeindruckende Zahlen und Fakten zu deutschen Minderheiten weltweit.



Die Diskussion umfasste auch Fragen zum interkulturellen Dialog und den Kontakt zu deutschen Minderheiten seitens anderer Parteien Deutschlands. Die Bedeutung der persönlichen Beziehungen und Reisen zu den Communities der Minderheiten wurde ebenfalls hervorgehoben.

Dr. Silke Launert teilte ihre persönlichen Beweggründe, aktiv in der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten tätig zu sein. Sie hob hervor, wie Auslandsaufenthalte zur Bereicherung von Toleranz und Verständnis für andere Lebensweisen beitragen und wie persönliche Gespräche dazu beitragen, Missstände aufzudecken. Abschließend waren sich alle Anwesenden einig, wie wichtig es ist, die deutsche Kultur und Identität im Ausland zu bewahren. Die Arbeit des RCDS Germersheim trägt sehr dazu bei, diese Ziele zu erreichen.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Dr. Silke Launert zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der Frauen-Union Bayern wiedergewählt!

Regensburg. Die Landesversammlung der Frauen-Union Bayern wählte vergangene Woche in Regensburg einen neuen Vorstand. Dabei erzielte die Bundestagsabgeordnete und gleichzeitig Bezirksvorsitzende der Frauen-Union Oberfranken Dr. Silke Launert ein herausragendes Ergebnis bei der Wahl um das Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden. „Ich freue mich wirklich sehr über dieses tolle Ergebnis! Ganz herzlichen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen“, erklärte sie anschließend und beglückwünschte die mit 100% wiedergewählte Landesschatzmeisterin Sabine Habla aus dem Landkreis Bayreuth und Beisitzerin Elke Eberl aus dem Landkreis Bamberg. „Oberfranken ist stark im Landesvorstand der Frauen-Union Bayern vertreten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und Projekte in Zukunft.“ Die Frauen Union Oberfranken war mit zahlreichen Anträgen im medizinischen und pharmazeutischen Bereich bei der inhaltlichen Arbeit der Landesversammlung vertreten.



Unsere Kinder sind unsere Zukunft: Treffen mit Vertreterinnen des Kinderschutzbundes Bayreuth

Bayreuth. Anfang September traf sich die Abgeordnete Dr. Launert mit Vertreterinnen des Kinderschutzbundes Bayreuth und informierte sich dort über die aktuell laufenden Projekte. Der Kinderschutzbund Bayreuth setzt sich derzeit vor allem für vier Projekte ein: Ein Programm für Familienpartnerschaften, Hilfe für Kinder mit schweren Erkrankungen, Nachhilfe für Kinder und ein Medienprojekt an Schulen.

Frau Dr. Launert diskutierte angeregt über die Umsetzung dieser Projekte und die damit verbundenen Probleme. Der Kinderschutzbund ist in Bayreuth rein spendenfinanziert, was eine zuverlässige Planung schwierig macht. Daher ist er neben seinen vier Teilzeitkräften auch auf seine über siebzig ehrenamtlichen Helfer angewiesen.

Das Herzensprojekt der Vorsitzenden des Kinderschutzbundes Bayreuth, Svetlana Scharnagl war hierbei ein „Platz der Kinderrechte“ in Bayreuth, der ein Zeichen für die Wichtigkeit der Rechte von Kindern setzen soll. Ein solcher Platz wäre der erste seiner Art in Bayern.

Beim weiteren Austausch brachten die Vertreterinnen des Kinderschutzbundes auch weitere Anregungen ein, die Dr. Silke Launert nun mit nach Berlin nimmt.



Impressum:



Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
silke.launert@bundestag.de
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth
silke.launert.ma02@bundestag.de
T.: 0921/76430 21